

## **Erklärung des Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki vom 12. September 1989**

Herr Vorsitzender! Hohes Haus!

Ich möchte das Rahmenprogramm und die Zusammensetzung der vorgeschlagenen Regierung vorstellen. Ich wende mich an alle meine Landsleute!

Ich bin überzeugt davon, dass die entschiedene Mehrheit der Polen eine ähnliche Auffassung von den Zielen hat, die wir verfolgen sollten, dasselbe Vaterlandsideal im Herzen trägt.

Wir wollen würdig in einem souveränen, demokratischen und rechtsstaatlichen Staat leben, den wir alle – unabhängig von Weltanschauung, ideologischen und politischen Unterschieden – als unseren eigenen Staat ansehen können.

Wir wollen in einem Land mit einer gesunden Wirtschaft leben, in dem es sich lohnt zu arbeiten und zu sparen und in dem die Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse nicht mit Plagerei und Erniedrigung verbunden ist. Wir wollen ein Polen, das offen ist für Europa und die Welt; ein Polen, das ohne Minderwertigkeitskomplex seinen Beitrag leistet bei der Produktion materieller und kultureller Güter; ein Polen, dessen Bürger sich in anderen Ländern Europas und der Welt als gern gesehene Gäste fühlen werden und nicht als Probleme bereitende Eindringlinge.

Ich komme als Mensch der [Gewerkschaftsbewegung] „Solidarność“, der dem Erbe des August [1980] treu ist. Ich verstehe dieses Augusterbe vor allem als großen kollektiven Ruf der Gesellschaft nach Subjektivität, nach dem Recht, über das Schicksal des Landes zu entscheiden, und als Bereitschaft zu solidarischen und entschiedenen Aktionen, um diese Ziele zu erreichen.

Aber das Augusterbe ist auch die Fähigkeit, Streitigkeiten und Spaltungen zu überwinden, die Fähigkeit, Partnerschaft zu suchen, der Verzicht auf ein Denken in Kategorien von Vergeltung für die Vergangenheit oder von zu begleichenden Rechnungen für erfahrenes Leid.

Damit es dazu kommen konnte, dass vor dem Hohen Haus ein Premierminister steht, der aus der „Solidarność“ stammt, musste viel geschehen, wir alle mussten viel nachdenken und viel verstehen. Zu dieser Tatsache hätte es – ohne starke, für die Nation gefährliche Erschütterungen – nicht kommen können, wenn die wichtigsten politischen Kräfte, die in unserem Land herrschen, keine Phantasie, keinen guten Willen und kein Verantwortungsbewusstsein für Polen bewiesen hätten. Unersetzlich war hierbei auch die Rolle der Kirche.

Wir stehen heute vor zwei Hauptproblemen Polens: dem politischen Umbau des Staates und der wirtschaftlichen Katastrophe, aus der es das Land zu führen gilt.

[...]

Von entscheidender Bedeutung ist der Wandel in der Einstellung der Bürger gegenüber dem Staat. Die Erfahrungen der neuesten Geschichte haben bewirkt, dass ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft in dem nach dem Krieg gestalteten Staat keine Institution gesehen hat, die der Nation dient.

[...]

Hohes Haus!

Die logische und notwendige Konsequenz der dargestellten Prinzipien, auf denen der Staat beruhen sollte, ist das Bestreben, ihn auf dem Fundament des Rechts zu errichten.

Das Recht kann weder das Herrschaftsinstrument des Staatsapparates noch das einer anderen politischen Gruppe über die Bürger sein.

[...]

Die Abkehr von der Gleichsetzung einer Partei mit dem Staat ist kein einmaliger Vorgang, sondern ein komplexer Prozess. Es gilt diesen Prozess nicht zu erschweren, sondern all das zu begünstigen, was der demokratischen Formel des politischen Lebens dient, die allen gleiche Rechte und Chancen gibt.

Komplex ist auch der Übergang vom Kampf mit dem Staat – der über uns alle gestellt wurde – zu seiner Behandlung als unser eigener Staat. Auch diesen Prozess gilt es nicht zu erschweren oder gar in ihm eine Bedrohung für die Stabilität und das Funktionieren der staatlichen Institutionen zu sehen.

So werden wir alle viel Neues lernen müssen. Es ist auch zu vermuten, dass aus den Kreisen der bisherigen Opposition verschiedene politische Kräfte hervorgehen und sich organisieren. Diesem Prozess sollte die Regierung einen rechtlichen Rahmen geben, um zu begünstigen, dass er auf natürliche Weise abläuft.

Ebenso wichtig ist auch heute schon die Beziehung auch zu den – größeren oder kleineren – politischen Gruppen außerhalb des Parlaments. Sie stehen ebenfalls vor der Wahl ihres Platzes im Transformationsprozess, der in Polen Fahrt aufgenommen hat.

Ich beziehe das auch auf jene radikalen Kräfte, die ihre Unzufriedenheit über die Beschlüsse des Runden Tisches zum Ausdruck gebracht haben.

Unzufriedenheit kann eine schöpferische Kraft sein, wenn sie auch vom Gefühl der Verantwortung für die schwierigen Dinge, vor denen wir alle stehen, gekennzeichnet ist.

Die Zeit, die für uns begonnen hat, ist eine Zeit, in der nicht Worte, sondern Taten für die Überwindung der Krise in Polen und für die riesige Chance der Transformation des polnischen Staates in der historischen Bewertung zählen werden.

In Polen gibt es heute viele Sozialorganisationen, die seit Langem bestehen, aber auch zahlreiche, die erst vor Kurzem entstanden sind dank dem wiedererlangten Recht, Vereinigungen zu gründen. Die Regierung wird die Entwicklung dieser Organisationen unterstützen, deren Unabhängigkeit respektieren und sich deren Arbeit gegenüber verständnisvoll zeigen. Sie beabsichtigt ebenfalls nicht, ihnen diese Arbeit abzunehmen.

Eine Aufgabe von großer Bedeutung ist die Schaffung einer authentischen regionalen Selbstverwaltung in Polen.

Die Regierung wird intensiv mit dem Sejm und dem Senat zusammenarbeiten bei der Schaffung der rechtlichen und materiellen Bedingungen für die Bildung einer regionalen Selbstverwaltung, damit es in kürzerer Zeit als vorgesehen zu Kommunalwahlen kommt. Mit der Entstehung einer Selbstverwaltung verbinden wir die Hoffnung, dass eine große bürgerschaftliche Energie freigesetzt wird, die bis vor Kurzem durch das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der staatlichen Bürokratie und den zentralen Weisungen behindert wurde. Selbstständige Entscheidungen, ein eigener Verwaltungsapparat und eigenes Vermögen geben den lokalen Gemeinschaften eine

Entwicklungsmöglichkeit.

[...]

Ein wichtiger Teil des Staatsapparats sind die Dienste, deren Schaffung die Sicherheit der Bürger und des Staates gewährleisten soll.

Die Miliz ist ein Dienst, der im Rahmen der Gesetze die öffentliche Ordnung schützt und den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit gibt. Wir haben Verständnis für die schwierige, oft gefährliche Arbeit der Beamten. Zugleich erkennen wir jedoch die Notwendigkeit grundlegender Reformen, die in Hinblick auf die im Land vor sich gehenden demokratischen Veränderungen durchgeführt werden sollten.

Es geht insbesondere darum, die Tätigkeit der Miliz einer rechtlichen Kontrolle und der öffentlichen Meinung zu unterstellen. Den Weg von einer Miliz, die zum Erhalt einer gehorsamen Gesellschaft dient, hin zu einer Miliz, die für Ruhe und Ordnung sorgt, gilt es bis zum Ende zu gehen. Das ist ebenfalls der Weg, auf dem sie wahre gesellschaftliche Anerkennung erlangt.

Auch das Ausmaß und die Rolle des Sicherheitsdienstes muss sich angesichts der demokratischen Transformation und der wiedererlangten Bürgerrechte ändern.

Wir fordern, dass die polnische Armee an ihre besten Traditionen anknüpft und ausschließlich dem Vaterland und der Nation dient.

[...]

Hohes Haus!

Die Regierung möchte die Wahrheit sagen und allen Splittergruppen der Öffentlichkeit Redefreiheit ermöglichen.

Es muss ein offener Informationsfluss in beide Richtungen entstehen – zwischen der Regierung und der Gesellschaft.

Wir wollen, dass die öffentliche Meinung in Polen Einfluss hat auf Staatsangelegenheiten, wir werden ihrer Stimme aufmerksam zuhören. Die Entwicklung der Presse darf nicht administrativ reguliert werden, und die Rolle der Zensur muss weiter abnehmen. Das Recht auf Zugang zu Radio und Fernsehen muss für alle gleich sein. Das Fernsehen und das Radio werden einen pluralistischen Charakter haben. Die Zeit der Freiheitsbeschränkungen für den polnischen Journalismus ist vorbei, die Zeit seiner großen Rolle bei der Entstehung einer politischen Kultur der Gesellschaft hat begonnen.

Es gibt kein freies Land ohne freie Gewerkschaften. Unter Achtung von deren Rechten wird die Regierung die Partnerschaft mit verschiedenen Splittergruppen der Gewerkschaftsbewegung anstreben, um die Möglichkeiten des Landes mit den Bedürfnissen der Arbeiter in Einklang zu bringen.

In der aktuellen, sehr schwierigen Wirtschaftssituation wird das nicht leicht sein. Wir zählen auf das Verständnis aller Gewerkschaftsbewegungen.

Ich verspreche, dass die Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten von der Regierung mit größtem Ernst behandelt werden. Als Ministerpräsident werde ich mich an meine Herkunft aus der Gewerkschaft erinnern.

Hohes Haus!

Der polnische Staat kann weder ein ideologischer noch ein konfessioneller Staat sein.

Er muss ein Staat sein, in dem kein Bürger für seine Weltanschauung oder politische Überzeugungen diskriminiert oder belohnt wird.

Eine Religion, die Motivationen für ein würdiges, ehrliches Leben mit sich bringt, die Verantwortung für die Nächsten und Solidarität mit anderen Menschen, insbesondere Notleidenden, lehrt, stellt auch für die Gesellschaft einen universellen Wert dar. In schwierigen Zeiten – und die machen wir gerade durch –, wenn man sich auf die innersten und edelsten menschlichen Gefühle berufen muss, empfinden wir die Bedeutung religiöser Motivationen besonders stark.

Die katholische Kirche erfüllte eine bedeutende Rolle bei der Wiedererlangung der Rechte, die Nation und Bürgern zustehen, aber auch in den entscheidenden Momenten beim Anknüpfen eines Dialogs zwischen dem Regime und der Gesellschaft.

Die Regierung möchte mit der katholischen Kirche und allen anderen Konfessionen in Polen zusammenarbeiten. Die Glaubensfreiheit ist ein natürliches und unveräußerliches Menschenrecht, und jeder Versuch, diese anzugreifen, ist eine verdammungswürdige Tat.

Polen ist nicht nur ein Staat – das Vaterland – von Polen. Wir leben gemeinsam mit Vertretern anderer Völker auf dieser Welt. Wir wollen, dass sie sich hier zu Hause fühlen, dass sie ihre Sprache pflegen und mit ihrer Kultur unsere Gemeinschaft bereichern.

[...]

Hohes Haus!

In allen Kultur- und Kunstbereichen wird unsere Politik dieselbe sein: so wenig Vorgaben wie möglich.

Es ist nicht Aufgabe der Behörden, Kulturinstitutionen ideologische, künstlerische oder Glaubenspräferenzen aufzuerlegen. Angesichts des gewaltigen Schaffens im Bereich der polnischen Literatur und Kunst im Exil sowie den Verdiensten des „zweiten Umlaufs“ im Land wird die Regierung für Bedingungen sorgen, unter denen alle Kulturschätze allgemein zugänglich sein werden.

[...]

Die polnische Wissenschaft besitzt ein großes intellektuelles Potenzial mit einer vernachlässigten und veralteten Infrastruktur. Ihren weiteren Niedergang kann man nicht zulassen.

Die Regierung wird Lösungen fördern, die auf eine Selbstverwaltung der Wissenschaft abzielen, die Aufstiegswege verkürzen und die künstlerischen Begabungen und Initiativen Tätigkeitsfelder eröffnen. Sie wird sich auch darum bemühen, wissenschaftlichen Einrichtungen den Kontakt mit Wissenschaftlern auf der ganzen Welt zu erleichtern. Ich zähle jedoch darauf, dass die jungen und begabten Wissenschaftler den Ehrgeiz haben werden, für unser Land zu arbeiten.

Wir werden danach streben, die Autonomie der Hochschulen gänzlich wieder herzustellen.

Ich erwarte, dass die Arbeit am Entwurf des neuen Gesetzes in Kürze beendet wird und der Entwurf in akademischen Kreisen Zustimmung findet. Im Rahmen der selbstverwalteten Hochschulen wird es Raum geben für die freie Entwicklung von studentischen Organisationen.

Der Zustand des Bildungswesens ist höchst beunruhigend. Die langjährigen Versäumnisse und die unzureichende Finanzierung rächen sich. Die Tatsache, dass trotz dieser Bedingungen in vielen Schulen ein Unterricht auf einem guten Niveau stattfindet, ist der Verdienst der Lehrer – Menschen, die ihre Arbeit als Berufung und Dienst an der Gesellschaft verstehen. Die neue Regierung ist sich dieser Situation gänzlich bewusst und weiß, was die Gesellschaft den Lehrern zu verdanken hat.

Alles, was im Bildungswesen wirklich wichtig und für die Gesellschaft unentbehrlich ist, geschieht in der Schule. Der Lehrer und die Schule sind für das Kind da und nicht umgekehrt. Eine Veränderung im Denken über die Rolle der Schule ist unerlässlich. Die Bildungsangelegenheiten sollten in einem neuen Bildungsgesetz geregelt werden.

Wir sind uns der Gefahren bewusst, die der biologischen Existenz der Nation drohen. Es werden umgehende Schritte in den dringendsten Bedarfsfällen eingeleitet.

Um die Gesundheitsprobleme zu lösen ist es unerlässlich, die Voraussetzungen für ein wirklich soziales Gesundheitswesen zu schaffen, das auf ökonomischer Kalkulation, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Einrichtungen des Gesundheitswesens beruht, wobei die heute existierenden, kostspieligen bürokratischen Hürden aus dem Weg geräumt werden müssen.

Wir sind uns dessen bewusst, wie schlecht der Zustand unserer Umwelt ist. Ein Strategiewechsel in Wirtschaft, Raumplanung und -gestaltung ist unerlässlich, damit sich diese nicht negativ auf die Umwelt auswirken, in der wir leben; ebenso müssen die größten Gefahren für Leib und Leben umgehend benannt und ausgeschaltet werden.

Es gilt, ein deutliches Zeichen der Verantwortung im Bereich Umweltschutz zu setzen.

Wir werden uns weltweit um die Hilfe der im Bereich des Umweltschutzes fortschrittlichen Länder bemühen.

[...]

Es droht uns eine gewaltige Inflation, die zu komplettem Chaos in der Wirtschaft führt.

Wir sind entschlossen, diesen Prozess so schnell wie möglich zu bremsen und eine Wende im Wirtschaftssystem und in der wirtschaftlichen Situation unseres Landes herbeizuführen.

Doch angesichts der apathischen Wirtschaft, der großen Zahl angehäufter Probleme und des ungeheuren Zeitdrucks wird die Regierung nicht dazu in der Lage sein, alles sofort zu tun.

Wir unternehmen jedoch unverzügliche Schritte, um den Inflationsdruck zu mindern. Vor allem beabsichtigen wir Vorschläge zur Verringerung des Haushaltsdefizits zu machen.

Die Disziplin beim Eintreiben der Steuern muss unbedingt strikt gesteigert werden. Viele Unternehmer kommen ihren Pflichten gegenüber dem Etat nicht nach und betrachten ihren Steuerrückstand als Form eines billigen Kredits. Das kann nicht sein. Kredite werden von der Bank vergeben, nicht aus dem Staatshaushalt.

Es werden ebenfalls Einsparungen auf der Ausgabenseite notwendig sein. Sie werden beruhen auf: weiter sinkenden Zuwendungen, der zentralen Beschränkung finanzieller Investitionen, der Umstellung eines Teils der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion sowie Beschränkungen bei der Vergabe von Krediten zu Vorzugskonditionen.

Unausweichlich wird es sein, die Zunahme des Geldangebots in der Wirtschaft einzuschränken. Die Regierung schlägt eine Beschränkung der Investitionskredite vor.

Wir werden Schritte einleiten, die den Prozess der realen Wertminderung von Spareinlagen und von Kreditverbindlichkeiten gegenüber Banken bremsen.

Wir werden gezwungen sein, die geltenden Steuersanktionen für eine nicht vorschriftsmäßige Auszahlung von Löhnen in Unternehmen strikt anzuwenden.

Hohes Haus!

Gleichzeitig mit den Sofortmaßnahmen, die der fortschreitenden Inflation entgegenwirken sollen, unternimmt die Regierung Schritte, um den Übergang zu einer modernen, von den entwickelten Ländern erprobten Marktwirtschaft einzuleiten.

Es wird von der Regierung ein Beauftragter für die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse eingesetzt, der – ausgestattet mit einem entsprechenden Organisationsapparat – in kurzer Zeit ein Programm und die Prinzipien für die Änderung der Eigentumsstrukturen unserer Wirtschaft entwickelt. Das grundlegende Prinzip wird der allen Bürgern, aber auch den an effizientem Wirtschaften interessierten Institutionen zugängliche öffentliche und freie Verkauf sein.

Wir schaffen Lösungen, die es Arbeitern erleichtern, Aktien ihrer Unternehmen zu erwerben. Es wird auch Raum geben für unterschiedliche andere ökonomisch effiziente Besitzformen. Das Prinzip des öffentlichen und freien Verkaufs wird den bisher aufgetretenen Fällen Einhalt gebieten, in denen Teile des Volkseigentums auf Grundlage informeller Beziehungen – anstelle von ökonomischen Kriterien – entnommen wurden.

[...]

Es werden dringliche Arbeiten für eine Sanierung der öffentlichen Finanzen aufgenommen, unter anderem durch eine prinzipielle Verringerung der Anzahl verschiedener spezialisierter Geldtöpfe. Diese erschweren den Blick auf die Gesamtheit der Staatsfinanzen und erschweren die gesellschaftliche Kontrolle über die Ausgaben der öffentlichen Hand.

Eine Angelegenheit von großer Tragweite ist die Vorbereitung einer grundlegenden Reform des Steuersystems. Sie wird den Entwurf und die Einführung einer richtigen Steuer auf persönliches Einkommen umfassen. Deren Progressionsskala wird jedoch nicht mit dem Hauptziel in Widerspruch stehen, die gewaltigen, bisher in unserer Gesellschaft schlummernden Ressourcen von menschlicher Initiative und Unternehmergeist zu mobilisieren.

Wir beschleunigen den Entstehungsprozess eines Bankensystems, das für jede moderne Marktwirtschaft unverzichtbar ist. Das verlangt Veränderungen im derzeitigen Bankensystem, um es an den in wirtschaftlich entwickelten Ländern bestehenden Stand anzugleichen. Es müssen auch Hindernisse für die Gründung neuer kommerzieller Banken aus dem Weg geräumt werden.

Die beispielhaft genannten Schritte leiten den Übergangsprozess zu einem System ein, das – auch

wenn es nicht perfekt ist, unter all denen, zu denen Erfahrungen vorliegen – die größte Chance bietet, würdige und sich verbessernde Lebensbedingungen zu erlangen. Es ist zudem ein System, in dem die Menschen – dank einer effektiven Koordination zwischen dessen einzelnen Gliedern – in einem viel ruhigeren Rhythmus und zugleich viel effizienter als bisher arbeiten können.

Hohes Haus!

Auf dem Weg zu dieser Wirtschaft gibt es ein großes Hindernis in Gestalt der galoppierenden Inflation. Wie ich schon erklärt habe, können die Schritte, die wir in den kommenden Wochen unternehmen, dieses Problem nicht lösen, sie können nur dem Zunehmenden Tempo des Preisanstiegs entgegenwirken. Deshalb wurde schon an einem Paket energischerer Maßnahmen gearbeitet, die die Inflation in den Griff bekommen sollen. Grundlage muss es sein, komplett zu verhindern, dass ungedecktes Geld in unsere Wirtschaft strömt, denn es ist der Treibstoff der Inflation. Ein entschiedenes und konsequentes Vorgehen in diesem Bereich ermöglicht die Aufhebung der administrativen Preisüberwachung, abgesehen von ganz besonderen Ausnahmen.

Das erlaubt es wiederum, den massenhaften Warenmangel auf dem Markt und das Schlangestehen zu beseitigen, und im Endeffekt können sich die Preise, nach anfänglichem Anstieg, rasch stabilisieren. Wir werden zugleich mit Entschlossenheit die Konvertierbarkeit des Złoty zu einem einheitlichen und sich stabilisierenden Wechselkurs anstreben.

Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass es in der Wirtschaftsgeschichte auf der Welt kein Beispiel gibt, in dem die Überwindung einer so hohen Inflation ohne ernste Belastungen für die Gesellschaft möglich war, auch in Form von einigen Konkurs gehenden Betrieben und einer damit verbundenen Arbeitslosigkeit.

Denn es verschwindet das Phänomen der künstlichen Subventionierung insolventer Wirtschaftseinheiten, da kein ungedecktes Geld mehr gedruckt wird.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies einen vorübergehenden Rückgang der Produktion und damit eine weitere Senkung des Lebensstandards in der Gesellschaft auslösen kann. Doch in dem Moment, in dem die Inflation überwunden und die Defizite beseitigt werden, kann ein Wirtschaftsentwicklungsprozess in Gang gesetzt werden, der auf einer gesunden Basis beruht. Keine andere Variante ermöglicht eine solche Chance.

Die Möglichkeit, dass es zu gewissen sozialen Problemen kommt oder diese verstärkt werden, bringt die Gewerkschaftsbewegung sicherlich in eine schwierige Situation. Wir sind uns dessen bewusst und zählen darauf, dass sich die Gewerkschaften im Bewusstsein um die schwierige Situation des Landes und den Mangel an einfachen Auswegen für die Reformen aussprechen werden. Die Reformen sollen schließlich dazu führen, dass wir mehr aufzuteilen haben.

Die Regierung wird alles tun, um die Belastungen im Zusammenhang mit der Überwindung der Inflation abzumildern. Insbesondere werden wir uns mit Nachdruck für die Entwicklung einer Arbeitsvermittlung sowie von Institutionen einsetzen, die die Umschulung von Arbeitern aus den Konkurs machenden Betrieben erleichtern. Wir werden auch Bedingungen schaffen, die für die Entstehung neuer Arbeitsplätze förderlich sind. Die ungenügende Entwicklung von Dienstleistungen der Handelsketten und des Kleingewerbes haben zur Folge, dass die Wirtschaft viele Hände zur Arbeit gebrauchen kann.

Wir werden auch andere Elemente der Sozialhilfe einführen oder ausbauen, darunter Unterstützung für jene, die ihre Arbeit verlieren. Man muss sich jedoch dessen bewusst sein, dass all das mit Ausgaben

aus dem Etat verbunden ist und nur einen Umfang haben kann, der nicht mit dem grundlegenden Ziel kollidiert, die Inflation zu überwinden. Die Hilfen werden also beschränkt sein.

Wir sehen die Notwendigkeit, Methoden zur Anhebung der Renten und Pensionen sowie zur Anpassung des Werts anderer Leistungen anzuwenden, um eine Verschlechterung des Lebensniveaus der ärmsten Gesellschaftsgruppen und eine Vergrößerung der Distanz zwischen diesen und beruflich aktiven Gruppen zu verhindern. Eine schwierige Situation besteht auch in der Landwirtschaft und der gesamten Lebensmittelbranche.

Herr Vorsitzender, ich bitte um eine Pause, es geht mir nicht gut ...

Sejmmarschall:

Bitte sehr. Ich verfüge eine 15-minütige Pause.

(Sitzungspause)

Sejmmarschall:

Wir nehmen die Beratungen wieder auf.

Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki:

Ich bitte das Hohe Haus vielmals um Entschuldigung, das ist die Folge einiger Wochen sehr intensiver Arbeit. Ich war in einem Zustand wie die polnische Wirtschaft, aber ich bin wieder auf die Beine gekommen (Beifall) und ich habe die Hoffnung, dass dies der Wirtschaft auch gelingt.

Besonders schwer für die Arbeiter ist die hohe Inflation und der Mangel auf dem Markt für Produktionsmittel. Die Realisierung des vorgestellten Programms zur Rettung der Wirtschaft beseitigt diese Probleme. Das geschieht nicht auf einen Schlag, aber es wird nicht mehr die Situation geben, dass ein Landwirt, der Geld hat, sich sein Arbeitsgerät nicht kaufen kann.

[...]

Hohes Haus!

Ich möchte die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass internationale Finanzinstitutionen Polen erhebliche Hilfe leisten werden bei seinen Anstrengungen für eine radikale Stabilisierung der Wirtschaft und grundlegende institutionelle Reformen.

Wir zählen auch darauf, dass uns wohlgesinnte Regierungen angesichts der Komplexität unserer Situation den für Polen schwierigen und gesellschaftlich belastenden Reformprozess durch finanzielle Hilfen erleichtern werden.

Wir erwarten auch das Verständnis und erleichterte Kredite von ausländischen Privatbanken.

Wir sind uns dessen bewusst, dass es, um solche Hilfe zu erhalten, notwendig ist, das dargestellte harte Programm konsequent zu realisieren. Zugleich möchte ich hervorheben, wie wichtig der zeitliche Faktor in unserer Situation ist, und deshalb gegenüber unseren ausländischen Partnern zum Ausdruck bringen, dass doppelt hilft, wer schnell hilft.



Wir messen den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und anderen Ländern des RGW [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe] weiterhin große Bedeutung bei. Gleichzeitig sind wir lebhaft interessiert an engen Beziehungen mit der EWG [Europäische Wirtschaftsgemeinschaft]. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft immer weltoffener wird.

Hohes Haus!

Die Welt beobachtet unsere Anstrengungen aufmerksam, oft auch mit Sympathie.

Ich möchte, dass allen externen Beobachtern der in Polen vor sich gehenden Veränderungen klar ist, dass das, was bei uns geschieht, weder jemanden bedroht noch die internationale Stabilisierung in Frage stellt.

Im Gegenteil – auf Souveränität und Partnerschaft beruhende internationale Beziehungen sind stabiler als eine Ordnung, die auf Dominanz und Macht fußt.

Die Situation Polens in den zurückliegenden 45 Jahren war in großem Maße gekennzeichnet von Spannungen und Konflikten in der Weltpolitik. Heute, wo die Epoche des Kalten Kriegs endet, eröffnet sich die Chance, unsere nationalen Ambitionen im Einklang mit den aktuellen Tendenzen der Weltpolitik zu verwirklichen.

Polen sehnt sich danach, das neue Europa mitzubegründen und die Nachkriegsteilungen der Welt zu überwinden, die heute vollkommen überholt sind. Eine notwendige Bedingung für die evolutionären Veränderungen ist die Befolgung des Prinzips, dass die bestehenden Grenzen nicht angetastet werden. Wir glauben zugleich daran, dass dies offene Grenzen sein werden.

Wir wollen alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit ausnutzen, indem wir uns an den bestehenden europäischen Organisationen beteiligen. Wir sind auch interessiert an einer Zusammenarbeit im Bereich des Kultur- und Informationsaustauschs, ebenfalls im Bereich Verkehr, Fernmeldewesen sowie Umweltschutz.

Unsere Öffnung für ganz Europa bedeutet keine Ablehnung unserer bisherigen Verbindungen und Verpflichtungen.

Wenn wir heute wiederholen, dass die neue Regierung die Bündnispflichten Polens respektieren wird, dann ist das kein taktischer Trick zur Beruhigung. Das ergibt sich aus unserem Verständnis der polnischen Staatsräson und aus der Analyse der internationalen Situation.

[...]

Es liegt in der Natur der Sache, dass die gegenseitigen Beziehungen einer Supermacht, wie die Sowjetunion eine ist, mit einem Staat mittlerer Größe und Macht, wie es Polen ist, ein komplexes Problem darstellen. Die Großmacht fordert normalerweise eine selbst ausgewiesene Sicherheitszone ein, was praktisch mit ihrem Einflussbereich gleichgesetzt wird. Ein kluger Umgang mit dieser Frage muss zu einer Suche nach Lösungen führen, die einerseits die Interessen der Großmacht berücksichtigen, andererseits die Souveränität unseres Staates und dessen volle Freiheit bei der Gestaltung der inneren Ordnung respektieren.

Meine Regierung möchte Bündnisbeziehungen mit der Sowjetunion pflegen gemäß dem Prinzip Gleichberechtigung und unter Beachtung der Souveränität. Unser Bündnis steht auf einem festen Fundament, wenn es von der Gesellschaft ratifiziert wird. Heute sind die Bedingungen hierfür günstig.

Das ebnet auch den Weg für eine Versöhnung zwischen unseren Nationen, die die schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit zu einem Abschluss bringt und die eine weitreichende historische Dimension haben kann.

Mit unseren Nachbarn – der Tschechoslowakei und der DDR – sowie den Ländern unserer Region sind wir bereit, eine Zusammenarbeit anzuknüpfen. Wir möchten unsere Beziehungen freimachen von Bürokratie und sie auf breitere Kontakte stützen, die sich nicht nur auf ausgewählte Gruppen und politische Kräfte beschränken.

Wir wünschen uns eine Öffnung Polens in Richtung Europa und der Welt. Die normale und umfassende Entwicklung unserer Beziehungen in allen Bereichen wurde bisher von irrationaler Rücksichtnahme gebremst. Wir müssen unsere Versäumnisse insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Ländern der EWG und den Vereinigten Staaten sowie anderen Weltwirtschaftsmächten nachholen.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl ist eine historische Tatsache. Ich halte auch die Normalisierung der Beziehungen mit anderen Staaten, besonders mit jenen, mit denen sie abgebrochen worden sind, für wichtig.

Wir brauchen einen Durchbruch in den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaften beider Länder sind schon viel weiter gegangen als ihre Regierungen.

Wir zählen auf eine deutliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und wollen eine wahre Versöhnung von dem Ausmaß, wie es sie zwischen den Deutschen und den Franzosen gegeben hat.

Von Interesse für uns ist auch eine Zusammenarbeit, insbesondere eine wirtschaftliche, mit den neu industrialisierten Staaten Asiens, Afrikas, des Pazifiks, des Nahen Ostens und Lateinamerikas.

Die Entwicklung der Ereignisse unmittelbar nach dem Krieg löste bei den Polen das Gefühl aus, der Westen habe Polen verlassen und sich mit der Beschränkung von dessen Souveränität abgefunden. Gleichzeitig erhielten wir von dort jahrelang, besonders in der letzten schwierigen Zeit, Liebes- und Solidaritätsbeweise.

Es ist eine Zeit angebrochen, die eine neue Einstellung in den gegenseitigen Beziehungen erfordert. Die vollkommene Öffnung Polens in Richtung des Westens ist unmöglich, ohne dass andererseits ein umfassendes Verständnis unserer Probleme und Ambitionen stattfindet.

Ein großes Problem unserer Außenpolitik ist die Verschuldung. Wir bitten nicht um karitative Hilfe, sondern um für alle gewinnbringende Investitionen, Kapital- und Technologietransfers. Unsere Wirtschaft müssen wir durch unsere eigene Arbeit sanieren.

Wir wollen jedoch, dass unsere Gläubiger berücksichtigen, dass es sich nicht nur um eine wirtschaftliche Frage handelt, sondern das Gelingen politischer, für Europa wichtiger Veränderungen in unserem Land damit zusammenhängt.

Hohes Haus!

Auf Initiative des Vorsitzenden der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarność“, Lech Wałęsa, kam es zur Einigung mit der Vereinigten Volkspartei [Zjednoczone Stronnictwo Ludowe] und der Demokratischen Partei [Stronnictwo Demokratyczne], die zur Bildung einer Regierung führte, welche bei allen im Sejm vertretenen Kräften der Erneuerung Rückhalt hat. Der

Hohe Sejm hat mir, als er mich zum Ministerpräsidenten wählte, die Bildung dieser Regierung anvertraut.

[...]

Herr Vorsitzender, Hohes Haus!

Die Polen müssen ein neues Blatt in ihrer Geschichte aufschlagen. Der Hass, der eine gewaltige destruktive Kraft entfalten könnte, muss aus den gegenseitigen Beziehungen verbannt werden.

Wir als Nation müssen das Gefühl der Hoffnungslosigkeit überwinden und mit gemeinsamen Kräften der vor uns liegenden Herausforderung des Moments die Stirn bieten: der Aufgabe, die wirtschaftliche Katastrophe zu überwinden und den Staat umzubauen.

Die Regierung, die der Sejm heute ernannt, wird diese doppelte Aufgabe in Angriff nehmen. Wir versprechen nicht, dass es für alle leicht sein wird. Wir stehen jedoch als Nation nicht auf verlorenem Posten, wenn wir uns anstrengen, Geduld und Handlungswillen beweisen. Vertrauen wir auf die geistige und materielle Kraft der Nation. Ich glaube daran, dass Gott uns hilft, damit wir einen großen Schritt vorankommen auf dem Weg, der sich uns eröffnet.

*Aus dem Polnischen von Benjamin Voelkel*

*Stenografischer Bericht der 7. Sitzung des Sejm der Volksrepublik Polen vom 12. September 1989, Warszawa 1998, S. 6-24.*